

Normal 0 21 false false false

Gespräch mit Heinz Stockinger,

Obmann der Plattform gegen Atomgefahren Salzburg

TT: Seit wann gibt es die PLAGE und was sind die Ziele der Organisation?

Heinz Stockinger: Die PLAGE, die überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren, gibt es seit Ende Mai 1986, seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl. Die Existenz der PLAGE liegt also zwischen den zwei größten Atomkatastrophen. Allerdings war ihre Gründung schon früher geplant, nämlich seit sich im Dezember 1985 die Stadt Salzburg in einem Beschluss gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf in Bayern ausgesprochen hat. Die Gründung hat durch den Unfall in Tschernobyl einen enormen Schub bekommen. Zunächst waren über 50 kleine und größere Organisationen hier versammelt.

Forderungen sind der globale Ausstieg aus der industriellen Atomenergienutzung, der möglichst breite Einstieg in alternative Energien und natürlich zu allererst, die bessere Ausnutzung der vorhandenen Energie – für diese drei Ziele kämpfen wir. Wenn Zeit und Kraft übrig bleiben, schauen wir auch mit einem kritischen Auge auf medizinische Anwendungen von radioaktiver Strahlung. Es gibt keinen Grund, sie einfach hinzunehmen, auch wenn es hier sinnvolle und nützliche Verfahren gibt, denn auch hier herrscht Sorglosigkeit und oft haben sich wissenschaftliche Ansichten später als falsch

herausgestellt.

TT: Können Sie etwas über die Antiatomkraft-Bewegung in Österreich erzählen?

Heinz Stockinger: Der Großteil des inneren Kerns der „Plagegeister“ hat sich schon engagiert, als es in Österreich um die Frage gegangen ist, ob Atomkraftwerke in Betrieb genommen werden oder nicht, also in den späten 1970er Jahren. Sie waren am Zustandekommen des „Nein zur Atomenergie“ 1978 beteiligt. Ich selbst bin seit 1977 durchgehend in diesem Bereich engagiert geblieben. Nach der Volksabstimmung über Zwentendorf ist die damals wirklich bestehende und bis dahin größte soziale Bewegung, die Österreich gesehen hat (sonst hätte es ja auch nicht zum ersten Mal in der 2. Republik eine Volksabstimmung gegeben), aber relativ schnell geschrumpft.

In Salzburg sind wir aber in einem Anti-Atom-Komitee aktiv geblieben. Das war sehr wichtig, weil die Versuche, von Seiten der Industriellenvereinigung und des Gewerkschaftsbundes massiv waren, das Ergebnis der Volksabstimmung rückgängig zu machen. Wir haben dazu beigetragen, dass es zu keiner Neuaufgabe der Volksabstimmung gekommen ist, wo man uns mit Sicherheit mit einer noch viel größeren Propagandalawine als bei der ersten überrollt hätte. Dann kam der grenzüberschreitende Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf – die „Plutoniumfabrik“, wie man sie in einer gewissen Vereinfachung genannt hat. Dass ganz Österreich an diesem Kampf gegen die WAA Wackersdorf teilgenommen hat, hat es schwerer gemacht, das Ergebnis der Volksabstimmung zu ignorieren. Wer gegen die atomare Wiederaufbereitung des Atomabfalls ist, tut sich schwer, die Produktion von Atomabfall in einem AKW in Österreich zu rechtfertigen. Mit Tschernobyl war dann die Debatte über Atomenergie in Österreich gestorben.

TT: Warum ist die Atomenergie für die Industrie von so großem Interesse?

Heinz Stockinger: Während die Industrie vor allem mit der Billigkeit des Atomstroms argumentierte, standen für die Gewerkschaften die Arbeitsplätze im Vordergrund. Dahinter steckt jedoch einer der größten Irrtümer, den sich die Atomenergiebefürworter in ihre eigenen Köpfe gesetzt haben, und von dem sie schwer weg konnten, als sie sich einmal darauf festgelegt hatten. Die Kosten und Nebenkosten der Atomenergie waren viel zu optimistisch berechnet. Vor allem aber wurden die Folgekosten nahezu überhaupt nicht eingerechnet. Der Atomabfall von Zwentendorf war in der Kilowattstunde Atomstrom ursprünglich mit nahezu null Prozent angesetzt. Tatsächlich haben sich die Kostenschätzungen für die

Atommüllendlagerung aber dann laufend erhöht. Atommüll muss aber auf Jahrtausende von jedem biologischen Kreislauf ferngehalten werden und braucht dementsprechende Lager. Doch ist dieses Fernhalten zu gewährleisten? Welches menschliche Werk hat so lange überdauert?

Der Ökologe Bernd Lötsch hat einmal völlig richtig gesagt: Hätten die alten Ägypter Atomkraft genutzt, wären sie in der Lage gewesen, aus den AKW durchschnittlich 30 Jahre Strom zu beziehen, aber bis heute – 6000 Jahre lang und noch länger – müsste die Allgemeinheit für die Überbleibsel bezahlen. Wie man sieht, kann man die Folgekosten gar nicht abschätzen oder berechnen. Allein der Aufwand beispielsweise, der betrieben werden musste, nachdem die radioaktive Wolke von Tschernobyl zweimal über Österreich gezogen war, kostete fast eine halbe Milliarde Schilling. Diese Kosten zahlt nicht der Verursacher, sondern die Allgemeinheit, also die Steuerzahler in jedem einzelnen Staat. Wenn man die Kosten dazurechnet, die auf die kommenden Generationen zukommen, nicht nur für die Endlagerung, sondern auch für die aufgelassenen Uranminen in Australien, Kanada oder Afrika, wo der radioaktive Staub verbreitet und das Grundwasser kontaminiert wird, stellt sich heraus, dass Atomstrom in Wahrheit unbezahlbar ist.

TT: Österreich hat zwar kein Atomkraftwerk, bezieht aber Atomstrom aus dem Ausland.

Heinz Stockinger: Dieser Widerspruch existiert in erster Linie, weil die österreichischen Entscheidungsträger, also die Sozialpartner auf der einen und die Regierung und die Hauptparteien auf der anderen Seite, nach der Volksabstimmung noch lange darauf gesetzt hatten, Zwentendorf doch noch in Betrieb nehmen zu können. Deshalb haben sie auch nichts dagegen gehabt, Atomstrom zu importieren. Der Grundsatz der E-Wirtschaft und des politischen Establishment blieb: Wir brauchen immer mehr Strom, deswegen brauchen wir immer mehr Kraftwerke. Wenn man schon keine AKWs bauen kann, muss man umso mehr Wasserkraftwerke bauen, solange bis das letzte Tal zubetoniert ist. Die Solarenergie in Österreich vorangetrieben haben dagegen ein paar Anti-Atom-Kämpfer aus der Zwentendorf-Zeit. In der Steiermark wurden in einigen Dörfern Selbstbaugemeinschaften gegründet, die Solarkollektoren auf Dächern gebaut und installiert haben. Diese Idee hat sich dann bald wie ein Lauffeuer in alle Bundesländer verbreitet.

TT: Wenn ich in einem Wohnblock wohne, habe ich diese Möglichkeit aber nicht...

Heinz Stockinger: Natürlich nicht. Aber es ist diesen Leuten und nicht der staatlichen Energiepolitik zu verdanken, dass Österreich in Europa heute nach Griechenland das Land mit

der zweitgrößten Verbreitung von Solarkollektoren ist, obwohl wir kein so sonniges Land sind. Man sieht also, was sich hier für ein Potenzial verbirgt. Dass wir heute Atomstrom importieren, ist Ergebnis einer verknöcherten Energiepolitik.

TT: Welche Alternativen gibt es? Kohlekraftwerke sind für das Klima schädlich und Agrartreibstoffe gefährden die Ernährungssicherheit...

Heinz Stockinger: À la longue muss der Rohstoffverbrauch sogar reduziert werden, denn Rohstoffverbrauch heißt Energieverbrauch, Landschaftsverbrauch, schon die jetzige Verbrauchsrate liegt weit über dem, was die Erde nachliefern kann. Sowohl das soziale als auch das ökologische Wohlergehen kommt unter dem jetzigen System unter die Räder. Ich halte hier den ökologischen Aspekt für besonders wichtig, weil soziale Belange ihre Fürsprecher haben und materielle Einschränkungen sofort gespürt werden. Die rücksichtslose Ausbeutung unserer Lebensgrundlagen trifft jedoch erst die nächsten Generationen. Ohne Lebensgrundlagen gibt es aber nichts Soziales mehr. Die Hauptverantwortung liegt aber nicht beim Einzelnen, auf den sie so gerne abgeschoben wird, denn der Einzelne kann viel weniger tun. Die Verantwortung liegt bei der Politik und bei der Wirtschaft, die untrennbar verbunden sind.

TT: Die Länder des Südens fordern ihr Recht auf Teilhabe am Reichtum. Aber wie kann Entwicklung ohne Umweltzerstörung funktionieren?

Heinz Stockinger: Die rücksichtslose Einstellung gegenüber der Umwelt und den Rohstoffen hat unsere westliche Zivilisation nicht gepachtet, aber keine andere hat es so weit getrieben. Mit dem Kolonialismus wurde unser scheinbares „Siegermodell“ in die Köpfe aller anderen Völker eingebläut. Heute kommt unser Modell in jede Hütte und die Bilder formen und vereinheitlichen die Welt. Immerwährendes Wachstum ist zentraler Teil dieses Bildes. Manchmal kann es passieren, dass die Schüler eifriger sind als ihre Lehrer, wie in Brasilien, wo geplant ist, riesige Flüsse umzuleiten. Andere Kulturen waren teilweise viel sozialer organisiert als unsere, wenn auch auf einem niedrigeren materiellen Niveau. Aber z.B. an ihrer Kunst sieht man, wie reich diese Völker und Gemeinwesen waren. Doch heute kann man nicht mehr in die Vergangenheit zurückkehren und diese Systeme als Gegenmodell wiedererrichten.

Aber es ist möglich und wäre dringend nötig, Schritte in die richtige Richtung zu setzen. Wenn man Maßnahmen setzt um die Verschmutzung des Wassers, des Meeres und der Luft durch die Erdölförderung in Nigeria nur um 50 Prozent zu reduzieren, würde das zwar die Gewinne

der Konzerne und der Aktionäre schmälern, aber die Lebensqualität der Menschen gewaltig verbessern. Oder wenn man abgeht von den Monokulturen wie beispielsweise dem Baumwollanbau in der Sahelzone. Damit könnte ein gewaltiger Lernprozess in Gang gesetzt werden. Seit Jahrhunderten und Jahrtausenden existierende Lebens- und Wirtschaftsweisen der dort lebenden Völker hätten so eine Chance zu überleben. Es gibt zwar engagierte Projekte für alternatives Wirtschaften, doch die sind meist nur sehr klein angelegt. Wenn solche Initiativen in den Vordergrund gestellt würden, könnte man viel Hoffnung erzeugen. Überlieferte Anbauweisen befruchtet durch Wissenschaft und Technik könnten die Zivilisationen des Südens aufwerten und als Modelle für die ganze Menschheit dienen.

TT: Reicht es, alternative Energien zu fördern und „Green Business“ zu machen? Oder muss ein Wirtschaftssystem, das nur durch ständiges Wachstum funktioniert, nicht hinterfragt werden?

Heinz Stockinger: Ja. Aber das ist nicht jedem Atomgegner und jeder Atomgegnerin klar. Aber gut informierte und nachdenkende AtomgegnerInnen wissen, dass dieser Energie und Material fressende Lebensstil nicht weitergeführt werden kann. Dieser Lebensstil geht auf zwei produktivistische Ideologien zurück, nämlich den Privatkapitalismus und den Staatskapitalismus, wie er in der Sowjetunion und im Ostblock praktiziert wurde. Hier hat derselbe Geist geherrscht, der im Kapitalismus bis heute überlebt hat. Die Frucht dieser Atompolitik sieht man ja noch heute in Tschechien oder Bulgarien. Das Prinzip des immerwährenden materiellen Wachstums ist von keinem ihrer politischen Exekutoren je in Frage gestellt worden.

Bis heute klammert man sich an das Dogma vom immerwährenden Wachstum, obwohl man sich angesichts der Tatsachen nur mehr schwer gegen seine Infragestellung wehren kann. Zu einem geänderten System kommt man nicht über Nacht, wenn man extremste soziale Verwerfungen vermeiden will. Umsteuern ist schwierig, denn wenn eine Nation umsteuert, würde sie Wettbewerbsnachteile gegenüber den anderen haben.

Immerwährendes Wachstum ist zum Scheitern verurteilt. Man kann den Zusammenbruch aber abfedern. Abfederungsmaßnahmen wären eine ganze Vielfalt von Techniken, die auch in einem nicht auf eine stetige Steigerung von Produktion und Konsum ausgerichteten System zum Einsatz kommen würden – ein alternatives System sollte ja nicht technikfeindlich sein.

TT: Welche Maßnahmen wären Ihrer Meinung nach nötig?

Heinz Stockinger: In den öffentlichen Bereichen und da gehört die Energiewirtschaft dazu, müssen die Rahmenbedingungen von den neoliberalen Tendenzen weg und zu einer Ökonomie des Gemeinwohls umorientiert werden. Der Neubau von Gebäuden, die nicht mehr Energie verbrauchen als sie selbst produzieren – ob über Solarkollektoren, beste Wärmedämmung, die ökologisch sein kann oder mit Umweltwärmegewinnung – müsste zum gesetzlichen Standard gemacht werden. Es gibt sogar Plus-Energie-Häuser, die über ihren eigenen Verbrauch hinaus Energie erzeugen und ins Netz speisen können. Solange solche Möglichkeiten und Einsparpotenziale nicht genutzt sind, gibt es keinen rationalen Grund, eine Diskussion über neue Kraftwerke zu akzeptieren. Bloß, das würde das bedeuten, dass die Macht über die Energiebereitstellung und den Energiekonsum von den großen Versorgungsunternehmen wegwandert zu den Millionen und Abermillionen Verbrauchern.

Normal 0 21 false false false

Normal 0 21 false false false
Salzburg:

Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren
<http://www.plage.cc>

erschienen in Talktogether Nr. 37/2011